

## Libérale Partei (LP)

---

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987 .....	1
1988 .....	1
1989 .....	2
1990 .....	3
1991 .....	3
1992 .....	4
1993 .....	5
1994 .....	5
1995 .....	5
1996 .....	6
1997 .....	6
1998 .....	7
1999 .....	8
2000 .....	8
2001 .....	9
2002 .....	9
2003 .....	10
2004 .....	11
2005 .....	11

### 1987

Die vor allem in der Westschweiz verankerte Liberale Partei (LP, in Basel Liberal-demokratische Partei LDP) vertritt **föderalistische und streng liberale Positionen**. Sie trat deshalb auch dieses Jahr für eine Stärkung des Verantwortungsgefühls des einzelnen und gegen "etatistische" Regelungen in der Agrarpolitik und beim Bodenrecht ein. Obwohl sie sich für die Verschärfung des Asylgesetzes aussprach, verfasste sie auch eine Resolution, die verlangt, dass für Asylbewerber, die schon lange Zeit in der Schweiz weilen, eine Globallösung gefunden werde. Im Gegensatz zu ihrer Fraktion und zum Legislaturprogramm 1987-91 sprach sich die Partei nach den Wahlen gegen die Mutterschaftsversicherung aus und setzte damit eingestandermaßen ihre Glaubwürdigkeit etwas aufs Spiel. Bei den Kantonsratswahlen in Baselland verlor die LDP alle drei Sitze, dagegen gelang es ihr in Basel-Stadt, einen Nationalratssitz von der CVP zurückzugewinnen und damit die liberale Vertretung in Bern auf neun Mandate zu erhöhen.

### 1988

Der Kongress 1988 der Liberalen Partei in der Genfer Gemeinde Lullier war der **Sozialpolitik** gewidmet. Nach Ansicht der grössten bürgerlichen Nichtregierungspartei sollten dabei staatliche Interventionen nur sehr gezielt und punktuell erfolgen, weil sie das Individuum aus der Verantwortung entliessen. Ausdruck davon sei unter anderem der beunruhigende Geburtenrückgang, welcher zu einer zunehmenden Angleichung der Zahl der Erwerbstätigen und der Rentner führe. Unterstützung verdienten deshalb die individuelle Verantwortung und natürliche

Solidaritätsformen wie Familie und Nachbarschaft. In der Sozialpolitik müsse die Verantwortung in der Familie beginnen und vermehrte Bedeutung sollte den Anstrengungen für Teilzeitarbeit, der Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen sowie Steuererleichterungen für junge Ehepaare beigemessen werden. Die Partei setzte eine interkantonale Arbeitsgruppe ein, um die praktische Umsetzung der Kongressprinzipien zu kontrollieren. Befriedigt zeigten sich die Liberalen über die Europapolitik des Bundesrates, zu der sie wichtige Impulse geliefert hätten. Anlässlich der Parolenfassung zur "Stadt-Land-Initiative" betonten sie ihre ablehnende Haltung gegen die Bodenspekulation und erachteten staatliche Interventionen bei Missbräuchen als zulässig; sie entschieden sich dennoch klar für die Nein-Parole. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen hatte sich die Liberale Fraktion der Bundesversammlung gegen die Kaiseraugst-Verzichtsmotion ausgesprochen; sie wandte sich auch gegen eine volle Entschädigung durch den Bund, weil das Risiko des Investors in der Marktwirtschaft nicht vom Staat übernommen werden dürfe.

**In den Kantonen** Wallis und Zürich etablierten sich neue Gruppierungen der LP, welche Antrag auf Anerkennung als Sektion stellten. Nach Parteipräsident Nationalrat G. Coutau müssen dabei zwei Bedingungen erfüllt sein, nämlich die Übereinstimmung von Programm und Statuten mit denjenigen der nationalen Partei, und eine Kandidatur mit mindestens einem Sitzgewinn auf Gemeinde- oder Kantonsebene unter der Bezeichnung als Liberale Partei. Bei kantonalen Wahlen war die LP 1988 nur in Baselstadt engagiert, wo sie in Regierung und Parlament ihre Sitze halten konnte. Zum Teil empfindliche Rückschläge, namentlich in der Kantonshauptstadt, musste sie jedoch bei den Gemeindewahlen im Kanton Neuenburg hinnehmen.

## 1989

Die Liberale Partei der Schweiz hielt ihre Delegiertenversammlung am 22. April in Neuenburg ab. Dabei bildeten die Parolenfassung zur Kleinbauerninitiative und die Wahl eines neuen Zentralpräsidenten die Schwerpunkte. Wie erwartet wurde zur Initiative die Nein-Parole gefasst; auf Gilbert Coutau (GE) folgte als **neuer Präsident Claude Bonnard (VD)**, alt-Nationalrat und ehemaliger Staatsrat. Der neue Präsident setzte sich für die Einführung der Mehrwertsteuer ein und erklärte auch, die Liberalen seien bereit, Konzessionen im Bereich der Lockerung oder Aufhebung der 28 Tonnen-Limite für Lastwagen einzugehen. Zu Vizepräsidenten wurden Nationalrat Jeanneret (NE) und Grossrätin Simonius (BS) gewählt.

Am Kongress in Montreux zu den Bodenrechtsbeschlüssen bekräftigten die Sprecher ihre liberale Doktrin, wonach staatliche Eingriffe in den **Boden- und Liegenschaftsmarkt** bloss kontraproduktiv seien. Die Krise auf dem Wohnungsmarkt widerspiegle den "Konkurs des Verwaltungssozialismus". Als Massnahmen gegen die Ungleichgewichte von Angebot und Nachfrage auf dem Immobilienmarkt schlugen die Liberalen eine degressive Steuer auf Immobiliengewinnen vor; als flankierende Massnahmen bezeichneten sie die Förderung von Wohnungseigentum in Form von Steuererleichterungen, eine Liberalisierung von administrativen Prozeduren und eine offenere Handhabung des Raumplanungsgesetzes.

Im übrigen empfahl die LPS die GSoA-Initiative zur Ablehnung und die Initiative Tempo 130/100 zur Annahme. Bei letzterer gab allerdings die einzige starke Deutschschweizer Kantonalpartei, Basel-Stadt, die Nein-Parole aus.

Gesamtschweizerisch konnte sich die LPS weiter festigen; neben den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg, Basel-Stadt und Wallis existieren auch **Parteien in Baselland, Zürich und Bern**, die aber noch nicht über den Status von Kantonalsektionen verfügen. Im neugewählten Walliser Grossen Rat sind die 1988 gegründeten Liberalen mit zwei Sitzen vertreten. In Genf gewannen sie drei Sitze dazu und konnten sich damit knapp vor der SP als stärkste Partei behaupten. Auch im Lausanner Stadtparlament verbesserten sie sich um zwei Mandate. Hingegen verloren sie in Neuenburg bei den kantonalen Wahlen gleich vier Sitze; da die Verluste der FDP aber noch grösser ausfielen, blieben sie die stärkste bürgerliche Partei.

## 1990

Wie die SVP befasste sich auch die LP mit der zukünftigen Landwirtschaftspolitik. Während diese beiden Parteien in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen in der Regel die gleichen Ansichten vertreten, bestehen in diesem Bereich namhafte Gegensätze. Der im Berichtsjahr von der Agrarkommission der LP vorgestellte Bericht "**Schweizerische Landwirtschaft im Blickfeld 1992**" fordert eine grundsätzliche Liberalisierung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Zur Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen, wie sie von einem zukünftigen GATT-Abkommen und dem europäischen Binnenmarktes gesetzt werden, müssten die Subventionen und Direktzahlungen des Bundes auf ein Minimum reduziert werden. Dabei sei auch eine massive Reduktion der Anzahl der kleinen Landwirtschaftsbetriebe in Kauf zu nehmen.

Am Parteitag in Neuenburg plädierten die Liberalen für eine **Neuordnung im Krankenkassenwesen**. Sie forderten eine Liberalisierung in der Krankenversicherung – Privatversicherer müssten zu den gleichen Bedingungen arbeiten können wie die Krankenkassen – und eine volle Freizügigkeit beim Wechsel von einem Versicherer zum anderen. Um negativen Auswirkungen zu steuern, sollten andererseits ein Krankenkassenobligatorium und eine Mutterschaftsversicherung eingeführt werden.

Wie die drei bürgerlichen Bundesratsparteien hat auch die LP zu sämtlichen zur **Abstimmung** gelangenden Volksinitiativen die Nein-Parole ausgegeben. Abgelehnt hat sie aber auch den Verfassungsartikel zur Energiepolitik. Zustimmung fanden hingegen der Rebaubeschluss, die Neuorganisation der Bundesrechtspflege und die Revision des Strassenverkehrsgesetzes.

Bei **kantonalen Wahlen** trat die LP im Berichtsjahr nur in der Waadt an und verlor dabei drei Sitze.

## 1991

Am Kongress in Basel, welcher dem Thema "Die Identität der Schweiz im Europa von morgen" gewidmet war, äusserte sich eine Mehrheit für die **Vorbereitung eines EG-Beitrittgesuchs**. Sowohl welsche als auch deutschschweizerische Vertreter äusserten sich dahingehend, dass eine

Integrationspolitik auch unter Wahrung des föderalistischen Gedankenguts als typisch eidgenössisches Identitätsmerkmal möglich sein sollte. Die Partei hielt im weiteren auch an der sicherheitspolitischen Maxime der **bewaffneten Neutralität** fest.

Im **Legislaturprogramm** äusserte sich die LP auch zugunsten einer raschen Parlamentsreform, für die Anhebung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre und für die Förderung des Wohneigentums. Im Bereich der Verkehrs- und Umweltpolitik forderte Nationalrat und Transportunternehmer Friderici (VD) die rasche Fertigstellung des Autobahnnetzes sowie die Erhöhung der Gewichtslimite von 28 auf 40 Tonnen für Lastwagen. Die Probleme im Asylbereich könnten gemäss der Liberalen durch eine Kontingentierung der Asylbewerber gelindert werden. Auch die Zauberformel wurde in Frage gestellt; gemäss den Liberalen sollten die Sozialdemokraten aus der Regierung austreten, um der Exekutive mehr Effizienz zu verleihen.

Die Delegiertenversammlung empfahl die Barras-Reform mit 31 zu 30 Stimmen nur ganz knapp zur Annahme. Für das Stimm- und Wahlrechtsalter gab sie ebenfalls die Ja-Parole heraus, hingegen lehnte sie die Bundesfinanzreform und die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs klar ab.

Bei den **eidgenössischen Wahlen** setzte sich die LP vor allem für die Erhaltung ihrer drei Sitze im Ständerat (VD, NE, GE) ein, was ihr auch glückte. Bei den Wahlen in den Nationalrat erhöhte sie ihren Wähleranteil von 2,7 auf 3% und eroberte in der Waadt einen zusätzlichen Sitz.

## 1992

Erneut forderte die Liberale Partei die **Abschaffung der direkten Bundessteuer** und unterstützte hierzu die vom Gewerbeverband und dem Redressement National lancierte Volksinitiative. Gemeinsam mit den drei bürgerlichen Bundesratsparteien reichte sie im Parlament Motionen für eine Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ein.

In einer Interpellation verlangte die LP-Fraktion nähere Auskunft über die Durchführungsbestimmungen des Pilotversuchs zur kontrollierten Heroinabgabe an Drogenabhängige und gab damit ihren grundsätzlichen Bedenken gegenüber der bundesrätlichen **Drogenpolitik** Ausdruck.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** war einzig der Verfassungsartikel zur Einführung eines zivilen Ersatzdienstes sehr umstritten; eine knappe Mehrheit lehnte ihn ab.

Nationalrätin Sandoz (VD), prominente welsche EWR-Gegnerin, vermochte nur wenige Delegierte von einem Nein zum **EWR** zu überzeugen; der Delegiertenkongress unterstützte denn auch mit 93 zu 7 Stimmen den Beitritt zum EWR.

Bei den kantonalen **Wahlen** in Basel-Stadt, den einzigen, zu denen sie angetreten war, konnte die LP zwei Sitzgewinne verzeichnen und ihren Wähleranteil leicht verbessern.

## 1993

Die LP hat nach der EWR-Ablehnung die Aufnahme von **Beitrittsverhandlungen** mit der EU gefordert, um der politischen und wirtschaftlichen Isolation in Europa zu entgehen. Ihr Ziel ist es, den Beitritt der Schweiz bis zum Jahr 2000 zu realisieren.

Der ehemalige Neuenburger Regierungs- und Nationalrat François Jeanneret übernahm die Nachfolge von Claude Bonnard als neuer **Parteipräsident**.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** gab die LP mit Ausnahme von drei Vorlagen dieselben Parolen wie die FDP heraus. Die Ausnahmen betrafen die SD-Initiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag, den Mehrwertsteuersatz von 6,5% und die Möglichkeit, diesen Steuersatz zugunsten der AHV um 1% zu erhöhen, welche sie allesamt ablehnte. Der Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen und die rasche Fertigstellung des Nationalstrassennetzes – insbesondere in der Romandie – überzeugten die Delegierten von der Ja-Parole für die die Treibstoffzollerhöhung, welche mit 67 zu 35 Stimmen gefasst wurde.

In ihren Hochburgen Genf und Neuenburg sowie im Wallis konnte die LP bei **kantonalen Wahlen** insgesamt elf Sitze gewinnen und überall ihre Wähleranteile verbessern. In der Genfer Kantonsregierung konnte sie sogar einen dritten Sitz hinzugewinnen und mit Martine Brunshawig Graf auch die erste Frau in der Genfer Exekutive stellen.

## 1994

Der Genfer Nationalrat Jean-Michel Gros wurde zum neuen **Fraktionspräsidenten** gewählt. Er ersetzt Jean-François Leuba (VD), der zum Vize-Präsident des Nationalrates ernannt wurde.

An ihrem Parteitag formulierte die Liberale Partei Antworten auf die derzeitige Wirtschaftskrise und das postindustrielle Zeitalter. Neben einer grundlegenden Dereglementierung, Steuerbegünstigungen von Unternehmen und dem Beitritt zum Gatt-Abkommen forderte die Partei vor allem mehr Mobilität und eine Verbesserung des Ausbildungsstandes, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Einen Ausbau des sozialen Netzes lehnte sie ab.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** lehnte die LP, im Gegensatz zur FDP, zwei der drei Verkehrsabgabe-Vorlagen ab (bei der Vignette beschloss sie Stimmfreigabe) und sie stimmte wie die SVP gegen den Kulturförderungsartikel. Dem Antirassismus-Gesetz stimmte die LP Schweiz, nicht aber die waadtländische Kantonalpartei zu.

Bei den **kantonalen Wahlen** trat die LP nur gerade im Kanton Waadt an und verlor dort einen Parlamentssitz.

## 1995

Im Wahljahr 95 unterstrichen die Liberalen den **europa- und wirtschaftspolitischen Offensivgeist** der Partei und wiederholten ihre Forderungen nach Revitalisierung und

Deregulierung. Unter anderem sprachen sie sich für die Aufhebung der direkten Bundessteuer und für eine Reform des Föderalismus aus. EU-Beitrittsverhandlungen forderte die LP noch für die Ende Jahr begonnene Legislaturperiode.

Die Liberalen kritisierten die Uneinigkeit unter den Bundesratsparteien und drohten, die Zauberformel nicht mehr zu unterstützen. Für die nächste Legislatur verlangten sie von den vier Parteien, dass sie vor der Gesamterneuerung des Bundesrates im Dezember eine **Vereinbarung über die Legislaturziele** ausarbeiten und veröffentlichen, wobei zumindest zu wichtigen Themen, darunter die europäische Integration, ein gemeinsamer Nenner vorliegen müsse. In die Landesregierung wählen wollten die Liberalen danach nur noch Personen, die das Koalitionsprogramm vorbehaltlos unterstützen.

Nach jahrelangem Aufschwung mussten die Liberalen bei den eidgenössischen Wahlen eine Niederlage hinnehmen. Sie verloren in der Romandie drei Nationalratssitze und einen Ständeratssitz, wurden aber dank den hohen Sitzverlusten der Grünen doch stärkste Nichtregierungspartei im Parlament. In der Stadt Lausanne verlor die LP einen Exekutivsitze. Ein Grund für die Wählerverluste dürfte im **Imageverlust der Partei** durch die Verwicklung in Bau- und Bankenskandale im Kanton Waadt liegen. Der Versuch, anlässlich der eidgenössischen Wahlen in die Kantone Zürich und Bern zu expandieren, blieb erfolglos. Verwunderung löste in der Romandie nach den Wahlen die Tatsache aus, dass die Liberalen die Idee prüften, mit der europafeindlichen Freiheits-Partei eine Fraktion einzugehen.

## 1996

Nach dem letztjährigen unbefriedigenden Abschneiden bei den eidgenössischen Wahlen setzte die Liberale Partei eine von der Genfer Grossrätin Barbara Polla präsidierte permanente "**groupe de réflexion**" ein, die als Ferment für neue liberale Ideen dienen soll. Dabei sollen nichtökonomische Fragestellungen künftig wieder mehr Beachtung finden. Weiter will die Partei ihre traditionell schwachen zentralen Strukturen verstärken und der politischen Arbeit des Zentralvorstandes mehr Gewicht beimessen.

Die Fraktion der Liberalen bezweifelte die Notwendigkeit der **Neat** und reichte im Herbst eine Motion ein, welche die Neat-Bundesbeschlüsse rückgängig machen will. Falls es trotzdem zum Bau kommt, tritt sie für nur einen Alpendurchstich, den Lötschberg, ein.

In Basel-Stadt, dem einzigen Kanton, in dem die Liberalen im Berichtsjahr zu den **kantonalen Wahlen** antraten, verloren sie drei Parlamentssitze. Ihr einziges Deutschschweizer Exekutivmandat konnten sie mit Ueli Vischer jedoch halten.

## 1997

François Jeanneret (NE) trat als Präsident der Liberalen Partei zurück. Zu seinem Nachfolger wählte die Partei den Genfer Nationalrat **Jacques-Simon Eggly**. Eggly setzt sich für den Beitritt der Schweiz zur EU ein, innenpolitisch vertritt er einen streng föderalistischen Kurs.

Eine im letzten Jahr eingesetzte Arbeitsgruppe "Logos", die Vorschläge zur künftigen liberalen Politik erarbeiten soll, befasste sich in einer ersten Phase mit dem Thema Jugend und verschiedenen Massnahmen im Bildungsbereich. Unter anderem schlug sie die Einführung des Prinzips des **Ausbildungsbonus** vor, das Schülerinnen und Schülern den Zugang zu Privatschulen erleichtern soll. Vom Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Bildungsanstalten erhofft sie sich eine Effizienzsteigerung im Bildungsbereich.

Mit 48 zu 35 Stimmen sprach sich die Liberale Partei für die Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" und damit für einen **restriktiven Drogenkurs** aus. Die Kantonalparteien Basel, Genf und Neuenburg unterlagen damit insbesondere den Waadtländer Vertretern.

Um die bilateralen Verhandlungen zu erleichtern, verlangte die Liberale Fraktion eine Änderung des Verfassungsartikels über den **Alpenschutz** (Alpeninitiative), die diesen abschwächen soll.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnten die Liberalen ihre Sitze in Neuenburg und im Wallis verteidigen, verloren aber in Genf vier Parlamentssitze. Ausserdem mussten sie nach einer turbulenten Kandidaten-Ausmarchung gleich zwei ihrer bisher drei Genfer Regierungssitze abgeben.

## 1998

Mit ihrem frühzeitigen und einstimmig gefällten **Nein zur Gen-Schutz-Initiative** signalisierte die Liberale Partei der Schweiz, dass sie sich im Abstimmungskampf an vorderster Front gegen das als wissenschafts- und wirtschaftsfeindlich kritisierte Volksbegehren einsetzen wollte.

An einer Delegiertenversammlung vom 29. August in Genf fasste die Partei nach einer langen und engagierten Debatte knapp mit 38 zu 32 Stimmen die **Nein-Parole zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe** (LSVA). Während sich die meisten Vertreter der (wenigen) Deutschschweizer Kantonalparteien für die Vorlage aussprachen, folgte die Mehrheit der welschen Sektionen den Ausführungen des prominenten LSVA-Gegner und Astag-Präsidenten Charles Friderici (VD), der in der Ablehnung der LSVA keine Gefährdung der bilateralen Verträge sah, und die geplante Abgabe als Einführung einer neuen Konsumsteuer brandmarkte. Die Delegierten bekräftigten die bisherige Europa-Politik der Partei und sprachen sich in einer mit nur drei Gegenstimmen verabschiedeten Resolution erneut für einen möglichst baldigen **EU-Beitritt** der Schweiz aus. Zudem gaben sie ihren Unmut über die Langwierigkeit der bilateralen Verhandlungen Ausdruck, beschlossen aber, den Bundesrat in diesem Bereich zu unterstützen. Nach der Annahme der LSVA durch das Volk schwenkte auch die LP auf die bundesrätliche Verkehrspolitik ein und unterstützte den Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs.

Bei den **kantonalen Wahlen** verloren die Liberalen im Kanton Waadt 6 ihrer 41 Mandate, was auch damit zu erklären ist, dass das waadtländische Parlament von 200 auf 180 Sitze reduziert wurde. Hingegen gewannen sie in den Staatsratswahlen einen zweiten Sitz hinzu.

## 1999

Erstmals hielt die LP, die nur in der Westschweiz und in Basel-Stadt verankert ist, einen Parteitag in Zürich ab. Sie unterstrich damit **ihre Absicht, in der Deutschschweiz zu expandieren**. Zu den Zürcher Kantonsratswahlen trat die LP auch mit einer eigenen Kantonsratsliste und mit einem Regierungsratskandidaten an, vermochte aber nicht zu reüssieren.

Ende September konnten die Liberalen im Kanton Genf einen Abstimmungserfolg verzeichnen. Per Volksinitiative verlangten sie die Senkung der Einkommenssteuer und hatten Erfolg. In den eidgenössischen Wahlen setzten **die Liberalen ihren schleichenden Niedergang fort**. Sie verloren einen Sitz im Nationalrat und ihre beiden letzten Ständeratssitze (Neuenburg und Waadt) nachdem der Genfer Sitz bereits vor vier Jahren an die SP gegangen war.

Im November tagte das Büro der Partei in Neuenburg. Auf dem Programm stand die Analyse der Wahlniederlage vom Oktober. Präsident Jacques-Simon Eggly stellte sein Amt zur Verfügung. Das Büro wollte allerdings auf diesen Entscheid nicht eingehen und in bestehender Formation weiterarbeiten. Nach einem **Reflexionsseminar im Dezember**, an dem sich zahlreiche Parteiexponenten über den Fortbestand und die zukünftige Organisation der Partei berieten, liess der Vorstand verlauten, die Partei werde in Zukunft stärker mit ihren kantonalen Sektionen zusammenspannen und auch intensiver mit Regierungsvertretern und Parlamentariern aus anderen Fraktionen zusammenarbeiten. Zudem wurde eine Statutenänderung, die eine effizientere Führung ermöglichen soll, in Aussicht gestellt.

## 2000

An ihrem Parteitag vom April bestätigten die Liberalen **Nationalrat Eggly (GE) als Parteipräsidenten**. Eggly bekräftigte, dass seine Partei mit den verbleibenden sechs Nationalratssitzen **weiterhin als eigenständige Fraktion** operieren werde. Verstärkte inhaltliche Absprachen mit FDP und CVP schloss er aber nicht aus. Als Nachfolger für die bisherige Vizepräsidentin Elisabeth Simonis (BS) wurde der Basler Nationalrat Christoph Eymann gewählt.

Zu einem internen Zwist führte im Februar eine **Inserateaktion der kleinen Kantonalsektion Zürich**. Obwohl die Mutterpartei die Nein-Parole zur Beschleunigungsinitiative (Behandlungsdauer von Volksinitiativen) gefasst hatte, veröffentlichte die Zürcher Sektion ganzseitige Anzeigen mit dem Titel „eine liberale Lanze für die Beschleunigungsinitiative“.

Während der Frühjahressession bot die LP SVP-Parlamentariern, die sich mit der Politik ihrer Mutterpartei nicht mehr identifizieren können, eine Zusammenarbeit an. Die Partei erwog gar die **Bildung einer gemeinsamen Fraktion** aus LP und oppositionellen SVP-Mitgliedern. Diese Pläne verliefen allerdings bis zum Jahresende im Sande.

Die **Parolen der LP** zu den eidgenössischen Volksabstimmungen im Berichtsjahr deckten sich mit denjenigen der FDP.

Bei den **kantonalen Wahlen in Basel-Stadt** eroberte die LP mit kräftiger Unterstützung ihrer bürgerlichen Bündnispartner FDP und CVP einen zweiten Regierungssitz und konnte ihre

Volksvertretung im Parlament um zwei auf 16 Sitze ausbauen.

## 2001

Die Abstimmungsempfehlungen der LP deckten sich mit jenen der FDP, mit einer Ausnahme: Im Februar stimmten die Liberalen der Volksinitiative „**Ja zu Europa**“ überraschend deutlich zu – die beiden Kantonalparteien Genf und Waadt hatten die Initiative zuvor nur mit äusserst knappem Mehr angenommen. Basel-Stadt und Wallis beschliessen hingegen die Nein-Parole. Bereits Ende August beschliessen die Liberalen in Genf die Nein-Parole für die Volksinitiative „für eine Kapitalgewinnsteuer“, die im Dezember zur Abstimmung gelangte. Ausserdem verabschiedeten sie eine Resolution, die das **Bankgeheimnis als Teil der Privatsphäre** erklärte. Mit der Betonung der Bedeutung des Bankgeheimnisses für den Finanzplatz Schweiz wollte die LP Genfer Bankenkreise besänftigen, die sich durch das pro-europäische Engagement der Partei vor den Kopf gestossen fühlten und damit gedroht hatten, die finanziellen Beiträge für die Wahlkampagne der LP in der Rhonestadt zu kürzen.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** büsste die LP vier Sitze (3 in Neuenburg und 1 im Wallis) ein. Hingegen konnte sie ihre beiden **Exekutivmandate** in Neuenburg verteidigen und in Genf ihre Delegation auf Kosten der FDP gar verdoppeln. In **Lausanne** stellen die Liberalen neu ein Exekutivmitglied.

## 2002

Die **Abstimmungsempfehlungen** der LP für die Vorlagen im Berichtsjahr deckten sich mit jenen der FDP, mit Ausnahme des Gegenvorschlags zur Goldinitiative der SVP, zu dem die Liberalen die Nein-Parole herausgaben.

Im Mai trat der Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly als **Präsident der Liberalen** zurück. Er hatte das Amt seit 1997 inne. Am Parteitag in Montreux wählten die Delegierten den **Waadtländer Nationalrat** und bisherigen Vizepräsidenten **Claude Ruey** zu seinem Nachfolger. Ruey war zwölf Jahre lang Mitglied der Waadtländer Regierung und ist seit 1999 Nationalrat. Zur neuen Vizepräsidentin wurde die Basler Nationalrätin Christine Wirz-von Planta bestimmt, die den zurückgetretenen Basler Regierungsrat Christoph Eymann ersetzte. Ziel des neuen Präsidiums sei die Rückkehr der Liberalen in den Ständerat und die Aufstockung der Nationalratsmandate auf drei Sitze, welches unter anderem mit einem einheitlicheren Auftritt erreicht werden soll. Eine Annäherung an die SVP sei zur Zeit ausgeschlossen. Dem Wahlakt voraus ging ein "runder Tisch" zum Thema "Liberalismus und soziale Verantwortung von Unternehmen", an dem sich die LP als wirtschaftsliberale Partei positionierte, welche die Unternehmer nicht ganz aus der sozialen Verantwortung entlassen wolle.

An der Delegiertenversammlung in Bern beschliessen die Liberalen die Nein-Parole zur Revision der Volksrechte, welche die Einführung der Einheitsinitiative vorsieht und die Ja-Parole zum Dringlichen Bundesbeschluss über die Spitalkostenbeiträge; beide Vorlagen gelangen am 9. Februar 2003 zur Abstimmung. Parteipräsident Claude Ruey bekräftigte, dass eine Fusion mit anderen bürgerlichen Parteien für die Liberalen nicht in Frage käme. Doch strebe die LP eine

**Regruppierung der rechtsbürgerlichen Mitte** an mit dem Ziel, eine Allianz um ein klares politisches Programm zu bilden.

In den Parlamentswahlen in der **Waadt** musste die LP **4 Verluste** hinnehmen und einen Regierungssitz an die SP abtreten.

## 2003

Am ihrem **Wahlkongress** in Lausanne bekräftigten die Liberalen ihre Absicht, wieder eine bedeutendere Rolle in der Bundespolitik spielen zu wollen. Ziel sei es, in den eidgenössischen Wahlen vom Herbst die 1999 verlorenen Ständeratsmandate zurückzuerobern. Deshalb bewarben sich die Liberalen nicht nur in ihren vier Stammkantonen (VD, GE, NE, BS) für einen Sitz in der kleinen Kammer, sondern erstmals auch im Wallis. In den meisten Kantonen gingen sie zudem eine Listenverbindung mit der FDP ein. Gemäss Parteipräsident Claude Ruey (VD) sollte das Verhältnis zur FDP aber nicht über die Zweckgemeinschaft der Listenverbindung hinausgehen – eine Fusion komme nicht in Frage.

Im Juli stellten die Liberalen in Bern ihre in Lausanne verabschiedete **Wahlplattform „Für eine Schweiz, die vorwärts kommt“** vor. Als Hauptziel nannte Parteipräsident Claude Ruey eine Steigerung des Wirtschaftswachstums von 3%. Wenn die Wirtschaftsentwicklung wieder anziehe, könne die Schweiz auch ihre Probleme im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen und in der Bildung lösen. Zu den weiteren Leitlinien der Wahlplattform gehörten neben der Förderung von Bildung und Forschung die Redimensionierung des Staates, die Gewährleistung von Sicherheit und Lebensqualität und die Weltoffenheit (mittelfristiger Beitritt zur EU).

Ende August führten die Liberalen in Morges (VD) ihre erste **Sommeruniversität** durch; derartige Veranstaltungen sind vor allem in Frankreich bekannt und dienen der Reflexion wichtiger gesellschaftlicher Fragen. Am Anlass der Liberalen, welcher dazu diente, den Zusammenhalt der Parteimitglieder im Wahljahr zu intensivieren, referierten bekannte Wissenschaftler über die Zukunft des Liberalismus, über die Forschung und die Altersvorsorge.

Bei den **eidgenössischen Wahlen** verlor die Liberale Partei zwei ihrer sechs bisherigen Mandate im Nationalrat (darunter den Sitz von Christine Wirz-von Planta, BS) und büsste damit ihre Fraktionsstärke ein. Die vier liberalen Parlamentarier, welche alle aus der Romandie stammen, schlossen sich der FDP-Fraktion an; diese trug dem Zuwachs Rechnung, indem sie sich in der französischen Version in „groupe radical-liberal“ umbenannte. Erste Gespräche über eine engere Zusammenarbeit der beiden Parteien auf nationaler Ebene hatten bereits im Sommer stattgefunden; der gemeinsame Ständeratswahlkampf der beiden Präsidenten Claude Ruey (lp) und Christiane Langenberger (fdp) in der Waadt sowie die Verluste beider Parteien in den Nationalratswahlen hatten die Annäherung gefördert. Auf nationaler Ebene bilden Liberale und Freisinnige künftig eine Föderation, die kantonalen Parteistrukturen bleiben jedoch erhalten. Die Empfehlungen der LP zu den eidgenössischen Vorlagen deckten sich mit jenen der FDP, mit Ausnahme der Revision der Volksrechte, zu der die Liberalen die Nein-Parole herausgaben.

## 2004

Im Januar beschlossen die Liberalen in Neuenburg oppositionslos, eine **Föderation mit den Freisinnigen** einzugehen (bei den eidgenössischen Wahlen hatte die LP ihre Fraktionsstärke eingebüsst und sich der FDP-Fraktion angeschlossen). Liberale und Freisinnige bleiben eigenständige Parteien mit eigenen Statuten, wollen aber künftig gemeinsame Fachtagungen und gemeinsame Delegiertenversammlungen durchführen und sich die Kommissions- und Sekretariatsarbeit teilen. In einer von 200 Liberalen beantworteten Umfrage sprachen sich zwei Drittel für ein Bündnis mit den Freisinnigen aus, gleich viele lehnten aber eine eigentliche Fusion ab, lediglich 13% sprachen sich für diese Variante des Zusammengehens aus. Gemäss Parteipräsident Ruey bilde die Fusion der beiden Parteien auf nationaler Ebene eine langfristige Option, auf kantonaler Ebene sei sie wenig wahrscheinlich. 69% der Liberalen hatten sich für eine Allianz mit der FDP, 14% mit der SVP und 17% für eine Dreifachallianz ausgesprochen.

Im Frühjahr bestätigten die Liberalen **Claude Ruey als Parteipräsidenten** für weitere vier Jahre sowie Christine Wirz-von Planta (BS) und Pierre Weiss (GE) als Vizepräsidenten.

Im Sommer zog Parteipräsident Ruey eine positive Bilanz der Zusammenarbeit mit der FDP auf eidgenössischer Ebene und sprach sich für eine **Fortführung der Kooperation** aus. Die Annäherung sei ein Mittel, die schweizerische Politik zu dynamisieren, welche heute wegen der starren Politik von SP und SVP immer mehr unter Blockaden leide.

Die **Jungliberalen** wählten in Bern den Basler Pierre-Guillaume Kopp zu ihrem neuen Präsidenten und den Genfer Blaise Alexandre Le Comte zum neuen Parteisekretär. Die beiden nehmen Einsitz in der Führung der Mutterpartei. Im September gab Kopp bekannt, dass Jungliberale und Jungfreisinnige ab dem kommenden Jahr gemeinsame Delegiertenversammlungen abhielten, um die Parolen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen zu fassen.

Die **Parolen der LP** zu den eidgenössischen Vorlagen stimmten ausnahmslos mit jenen der FDP überein.

In den Parlamentswahlen in **Basel-Stadt** büsst die Liberalen mit vier Sitzen einen Viertel ihrer Fraktion ein.

## 2005

Anfang April billigten die Liberalen im Beisein von FDP-Präsident Fulvio Pelli (TI) die Statuten zur **Neugründung einer Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL)**, und zwei Monate später stimmten ihr beide Parteien an einer gemeinsamen Delegiertenversammlung in Neuenburg zu. LP-Präsident Claude Ruey (VD) betonte die Notwendigkeit, dass sich die liberalen Kräfte geschlossen der Blockierung der Politik von rechts und links entgegenstellten. Die neue Union ist als Verein konstituiert und setzt sich vorrangig zum Ziel, die Arbeit der beiden Parteien auf eidgenössischer Ebene anzugleichen und zu koordinieren sowie eine Annäherung in den Kantonen zu fördern. Geplant sind vorerst gemeinsame Abstimmungskampagnen, Fachtagungen und eine UFL-Plattform für die eidgenössischen Wahlen 2007. Geleitet wird die Union von einem zwölfköpfigen Vorstand und einer Generalversammlung, die aus den Vorstandsmitgliedern beider

Parteien, den Präsidenten der Kantonalparteien und der Fraktionen sowie Vertretungen der Jungen und der Frauen besteht. Im November bestimmten LP und FDP den liberalen Genfer Grossrat Pierre Weiss zum ersten politischen Verantwortlichen der UFL. Er soll die Aktivitäten der Union koordinieren und den Weg zu allfälligen Fusionen der beiden Parteien auf kantonaler Ebene ebnet. Gemäss Weiss stehe die Fusion im Kanton Freiburg unmittelbar bevor, und im Wallis komme sie rasch voran. In Neuenburg steige ein Liberaler als UFL-Kandidat in die Ersatzwahl für den Regierungsrat. In mehreren Waadtländer Gemeinden gäbe es UFL-Listen, und auch in den Kantonen Genf und Basel-Stadt sei der Annäherungsprozess im Gang.

Im Herbst führten Liberale und Freisinnige ihren ersten gemeinsamen Anlass, die „**Sommer-Universität**“ in Morges (VD), durch. An der Veranstaltung, die durch eine offene Diskussionsrunde mit Bundesrat Couchepin abgerundet wurde, nahmen rund 200 Personen von der Basis bis zu den Parteispitzen teil.

Die **Parolen der LP** zu den eidgenössischen Vorlagen stimmten mit jenen der FDP überein.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** verloren die Liberalen in Neuenburg gleich 10 Mandate, während sie in Genf und im Wallis ihre Sitze halten konnten. In den **Regierungsratswahlen** musste die LP ebenfalls Verluste hinnehmen: In Genf wurde Micheline Spoerri (lp) abgewählt, und in Neuenburg gelang es den Liberalen nicht, den Sitz des zurückgetretenen Pierre Hirschy zu verteidigen. Nutzniesser waren beides Mal die Grünen.